

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Otto Fricke, Christian Dürr, Renata Alt, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Dr. Gero Clemens Hocker, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Alexander Müller, Matthias Nölke, Christian Sauter, Frank Schäffler, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen und der Fraktion der FDP

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung

– Drucksachen 19/22600, 19/22601, 19/23324, 19/23325, 19/23326 –

Entwurf eines Gesetzes

über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das von der Bundesregierung vorgelegte Haushaltsgesetz 2021 ist ...

... ein Haushalt der immensen Schuldenberge

Union und SPD haben sich dafür entschieden, der Bundesregierung in einem noch nie dagewesenem Ausmaß Geld zur Verfügung zu stellen, ohne dass dafür ein konkreter Bedarf absehbar ist. Schon jetzt ist klar, dass dieses Jahr rund 60 Milliarden Euro an Kreditemächtigungen nicht benötigt werden. Ähnliches wird für die globale Mehrausgabe für 2021 in Höhe von 35 Milliarden Euro gelten, eine Art Blankoscheck für bisher unbekannte Ausgaben. Damit geben die Koalitionsfraktionen bereitwillig ihre Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten gegenüber den Ministerien aus der Hand. Die Verschuldung 2021 liegt mit 179,8 Milliarden Euro mehr als doppelt so hoch wie notwendig. Die Rückkehr zu soliden Finanzen wird damit zu einem steinigem Pfad, den auch noch unsere Kinder beschreiten müssen.

Besser wäre ein Haushalt, der zukünftige Generationen respektiert.

Der Haushalt verfügt über Rücklagen in Höhe von über 50 Milliarden Euro, die nun in der Krise vollständig eingesetzt werden sollten. Außerdem erhalten die Ministerien zum Teil mehr Geld als sie ausgeben können. Hier haben sich über 20 Milliarden an Ausgaberesten angesammelt. Auch ist die sogenannte globale Mehrausgabe von 35 Milliarden Euro viel zu hoch angesetzt. Dies ist nichts anderes als ein Freifahrtschein für zusätzliche Ausgaben der Bundesregierung. Sollten diese Beträge dennoch nötig sein, wäre ein Nachtragshaushalt der richtige Weg.

... ein Haushalt der fehlenden Konjunkturimpulse

In dieser schweren Krise verbieten sich Debatten über Steuererhöhungen oder Rufe nach einem Corona-Soli. Union und SPD haben ihren Haushalt unverhältnismäßig aufgebläht; dies ist an vielen Stellen nicht mehr mit der Pandemie zu rechtfertigen. Statt in Entlastungen zu investieren, wird sehr viel mehr Geld ins Schaufenster gestellt als tatsächlich in der Wirtschaft und den Haushalten ankommt. Der Staat soll aus Sicht der GroKo auf lange Sicht die Wirtschaft finanzieren. Es muss genau umgekehrt sein – die Wirtschaft muss wieder den Staat finanzieren.

Besser wäre ein Haushalt, der alle Schichten der Bevölkerung entlastet.

Auch mit deutlich weniger Schulden sind spürbare Entlastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmen realisierbar, insbesondere durch den Abbau schädlicher Subventionen, die Schaffung eines flexibleren und effizienteren Rentensystems ohne Wahlgeschenke sowie strukturelle Reformen im Haushaltsplan. Die dringend benötigte Entlastung umfasst die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Auch kleine und mittlere Einkommen müssen in einem ersten Schritt 2021 entlastet werden, indem der Tarif der Einkommensteuer verschoben und dadurch mittelfristig der sogenannte „Mittelstandsbauch“ abgeschafft wird. Außerdem muss der Spitzensteuersatz später greifen.

... ein Haushalt der fehlgeleiteten Corona-Hilfsmaßnahmen

Die Bundesregierung hat sich bei der Unterstützung der Unternehmen insbesondere auf Finanzspritzen konzentriert. Allerdings kamen die ineffizienten und bürokratischen Überbrückungshilfen nicht dort an, wo sie wirklich gebraucht wurden. Von den 25 Milliarden Euro an Überbrückungshilfen sind bis Mitte November nicht einmal 2 Milliarden Euro abgeflossen.

Besser wäre ein Haushalt, der Selbstständigen und Unternehmen zielgerichtet hilft.

Auch Selbständige sollten ihre Lebenshaltungskosten abdecken können – mit einem Unternehmerlohn, der wie auch bei den Länderprogrammen in Nordrhein-Westfalen keinen Einschränkungen bei seiner Verwendung unterliegt und für eine angemessene Absicherung auch bei Selbständigen sorgt. Darüber hinaus ist es Zeit für die Einführung einer deutlich erweiterten steuerlichen Verlustverrechnung, einer „negativen Gewinnsteuer“, wie sie bereits vielfach von Ökonomen gefordert wurde.

... ein Haushalt, der Deutschland im analogen Zeitalter zurücklässt

Die Bundesregierung wollte in dieser Legislaturperiode 3,5 Milliarden Euro in den DigitalPakt stecken. Durch Bürokratie und komplizierte Antragsverfahren sind aber erst 0,46 % des DigitalPakts abgeflossen. Im August wurde beim Schulgipfel im Kanzleramt verabredet, alle Lehrerinnen und Lehrer mit Laptops auszustatten. Nun wurde bekannt, dass dies im Jahr 2020 nicht mehr durchführbar ist. Darüber hinaus setzt die Bundesregierung falsche Prioritäten. In 2021 sollen beispielsweise 435 Millionen Euro in den Gigabitnetzausbau investiert werden. Gleichzeitig gibt Hubertus Heil im

BMAS an einem Tag mehr aus als die Bundesregierung für Gigabitnetze im ganzen Jahr.

Besser wäre ein Haushalt der Innovation, Digitalisierung und Zukunftsinvestitionen

Um die Weichen für Zukunftsinvestitionen zu stellen, sollte ein Schwerpunkt des Haushalts auf einem zukunftsorientierten Bildungs- und Forschungssystem liegen, insbesondere durch die Einführung eines elternunabhängigen BAföGs und einer Exzellenzinitiative Berufliche Bildung sowie die Gründung eines Fonds für Innovation durch Gentechnologie. Auch der Verkehrsbereich bedarf struktureller Veränderungen, insbesondere in der Digitalisierung der Schiene und der Förderung klimafreundlicher Innovationen im Luftverkehr.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Neuverschuldung im Jahr 2021 durch die Verwendung von Rücklagen und Ausgaberesten, realistische Haushaltsansätze und durch eine reduzierte Globale Mehrausgabe im Einzelplan 60 zu halbieren;
2. die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten und im Jahr 2021
 - a) vollständig auf die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag zu verzichten;
 - b) in einem ersten großen Schritt den Mittelstandsbauch abzuschmelzen;
 - c) die sogenannte Rechtsverschiebung des Spitzensteuersatzes einzuleiten und die leistungsfeindliche kalte Progression zu korrigieren;
3. konkrete und treffsicherere Corona-Bewältigungsmaßnahmen in die Wege zu leiten und im Jahr 2021
 - a) mit einer negativen Gewinnsteuer zielgerichtet den von der Corona-Krise betroffenen Unternehmen Liquidität zur Verfügung zu stellen;
 - b) einen angemessenen Unternehmerlohn für Selbständige, Kulturschaffende, Freelancer sowie Freiberufler einzuführen;
 - c) internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen (UNHCR, UNICEF, Welternährungsprogramm, WHO), die Weltbank oder das Internationale Rote Kreuz mit ausreichend Mitteln zu versorgen, um die globalen Herausforderungen auf multilaterale Ebene adäquat anzugehen;
 - d) die Ausstattung besonders vulnerabler Gruppen mit FFP2-Masken zu verdoppeln und auch Schüler und Lehrer standardmäßig mit diesen hochwertigen Masken auszustatten;
 - e) Heimbewohnern künftig in allen Alten- und Pflegeheimen flächendeckend Videotelefonie zu ermöglichen;
 - f) Heimbewohnern bei Familienbesuchen über die Feiertage bei deren Rückkehr ins Alten- oder Pflegeheim sichere PCR-Tests zur Verfügung zu stellen, um Vereinsamung entgegenzuwirken;
4. das in den Beratungen des Haushaltsausschusses in konkreten Anträgen aufgezeigte Potential für smarte Zukunftsinvestitionen in die Bereiche Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur zu nutzen.

Berlin, den 7. Dezember 2020

Christian Lindner und Fraktion

